



Bayerische Staatskanzlei · 80535 München

AGU Bayern e.V.
Herrn
Julian Rubach
Laubacherstr. 9
87719 Mindelheim

Ihre Nachricht vom 15.12.2023
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen B II 6 - 1440-9-120

München, 23.01.2024
Durchwahl: 089 2165-2126

Anregungen zur bürokratischen Entlastung und Stärkung der Umweltverwaltung in Bayern

Sehr geehrter Herr Rubach,

erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Beschluss des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vom 7. November 2023 auch von Seiten des AGU Bayern e.V. begrüßt wird. Die Bayer. Staatsregierung hat sich hier intensiv und in zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung eingebracht.

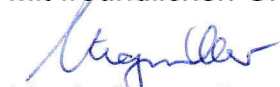
Ihre Anliegen, Bürokratie abzubauen sowie die (Umwelt-)Verwaltung zu entlasten und zu stärken, haben auch für die Bayer. Staatsregierung hohe Priorität. Das Thema „Bürokratieabbau“ wurde als zentrales Anliegen in den Koalitionsvertrag 2023 aufgenommen und wird als Sonderaufgabe durch den Leiter der Bayer. Staatskanzlei, unterstützt durch den Bürokratieabbaubeauftragten, Herrn MdL Nussel sowie durch den Bayer. Normenkontrollrat, wahrgenommen. Als Bayer. Staatsregierung werden wir uns konsequent für bürokratiearme Verhältnisse einsetzen. An dieser Stelle danken wir Ihnen für die Anregungen zur Entlastung und Stärkung der Bayer. Umweltverwaltung und dürfen auf die konkret genannten Einzelpunkte wie folgt eingehen:

./.

- Aus Sicht der Bayer. Staatsregierung sind Genehmigungsfiktionen grundsätzlich denkbar – wenngleich Fragen der Zweckmäßigkeit und Rechtssicherheit in jedem Einzelfall genau geprüft werden müssen.
- Zur Aufstockung der Umweltverwaltung mit qualifiziertem Personal wird demnächst ein ressortübergreifendes Karriereportal mit entsprechender Werbe- und Imagekampagne in Bayern online gehen. Die Naturschutzverwaltung erweitert derzeit ihre Imagekampagne um die Themen „Attraktivität als Arbeitgeber“ und „Nachwuchsgewinnung“.
- Gemeinsame Software-Standards würden in der Umweltverwaltung sicherlich den Datenaustausch erleichtern. Eine denkbare Alternative könnten aber auch einheitliche Plattformlösungen sein. Die Vor- und Nachteile beider Ansätze müssen vertiefter geprüft werden.
- Die Vermeidung von Doppelprüfungen ist ein zentrales Mittel der Entbürokratisierung. So wird die Überprüfung der Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung in Verfahren des Bundesimmissionsschutzgesetzes ausdrücklich begrüßt. Weitergehend sollte eine entsprechende Überprüfung auf alle Bereiche (mit Bündelfunktion) ausgeweitet werden. Hier ist vor allem der Bund gefragt.
- Allerdings ist eine konsequente Entbürokratisierung ohne den Abbau von Standards nicht möglich. Die richtige Gewichtung bleibt entscheidend – gerade wenn es um den Schutz der Bevölkerung geht. Ob eine Experimentierklausel in der TA-Lärm ein sinnvolles Mittel zur Deregulierung oder Beschleunigung sein kann, muss erst noch offen geprüft werden.

Das fachlich zuständige Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz erhält einen Abdruck des Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Stegmüller
Ministerialdirigent